

Welches Land ist am besten durch die Pandemie gekommen?

Der Politologe Markus Freitag hat quer durch Europa 18'000 Menschen zur Corona-Krise befragt. Im Interview schildert er, was er über die Stimmung in der Schweiz und anderswo erfahren hat.

GESPRÄCH MIKAEL KROGERUS
BILD PHILOTHEUS NISCH

Herr Professor Freitag, Sie führen seit Beginn der Pandemie Befragungen in europäischen Ländern durch, deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht wurden. Können Sie uns bereits etwas verraten?

Wir haben im vergangenen Jahr über 18'000 Menschen in Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien, Spanien und der Schweiz befragt. Unter anderem sind wir daran interessiert, wie wir als Menschen durch die Pandemie kommen. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere Gewissenhaftigkeit uns vor dem Virus schützt. Menschen mit den Wesenszügen «pflichtbewusst» und «zuverlässig» berichten von weniger Ansteckungen, fordern härtere politische Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie und zeigen weniger Nachsicht gegenüber denjenigen, die gegen die Regeln zur Bekämpfung des Virus verstossen. Menschen mit dem Wesenszug «extrovertiert» hingegen setzen sich eher über diese Regeln hinweg und räumen tendenziell mehr Ansteckungen ein. Sie könnten zum Brandbeschleuniger kommender Wellen werden.

Gab es einen linken und einen rechten Weg, mit der Pandemie umzugehen?

Eine verbreitete Auffassung ist, dass linke Positionen gesundheitliche Aspekte vor wirtschaftliche Interessen stellen, während rechte oder bürgerliche Stimmen es umgekehrt sehen. Auf Regierungsebene finden wir in unseren Untersuchungen aber nur wenige Hinweise, dass die politische Färbung eine besondere Rolle bei der Bewältigung der Pandemie gespielt hat. In der Regel haben alle Länder früher oder später als Schicksalsgemeinschaft agiert. Linke Regierungen waren vielleicht etwas schneller als rechtspopulistische, die eher zögerlich zumachten. Trump, Bolsonaro, Johnson: Ihnen allen gemeinsam war eine anfangs drastische Fehleinschätzung der Gefahr und ein dementsprechend fahrlässig-verharmlosender Corona-Diskurs.

Krisenzeit ist Regierungszeit, sagt man. Aber stimmt das?

Unter Politolog:innen spricht man vom «Rally Around The Flag»-Phänomen: In der Krise sucht man Zuflucht bei einer schützenden Institution, was sich typischerweise in der patriotischen Unterstützung der politischen Führung eines Landes durch die gesamte Bevölkerung ausdrückt, egal welcher politischen Couleur. Die Reihen werden geschlossen, um dem Feind entgegenzutreten. Von daher: Ja, Krisenzeit ist Regierungszeit.

Aber nicht alle Regierungen haben die Corona-Krise gleich bewältigt. Welche Länder schnitten gut ab?

Gegenfrage: Was heisst gut abschneiden, was heisst gut regieren?

Sagen Sie es mir!

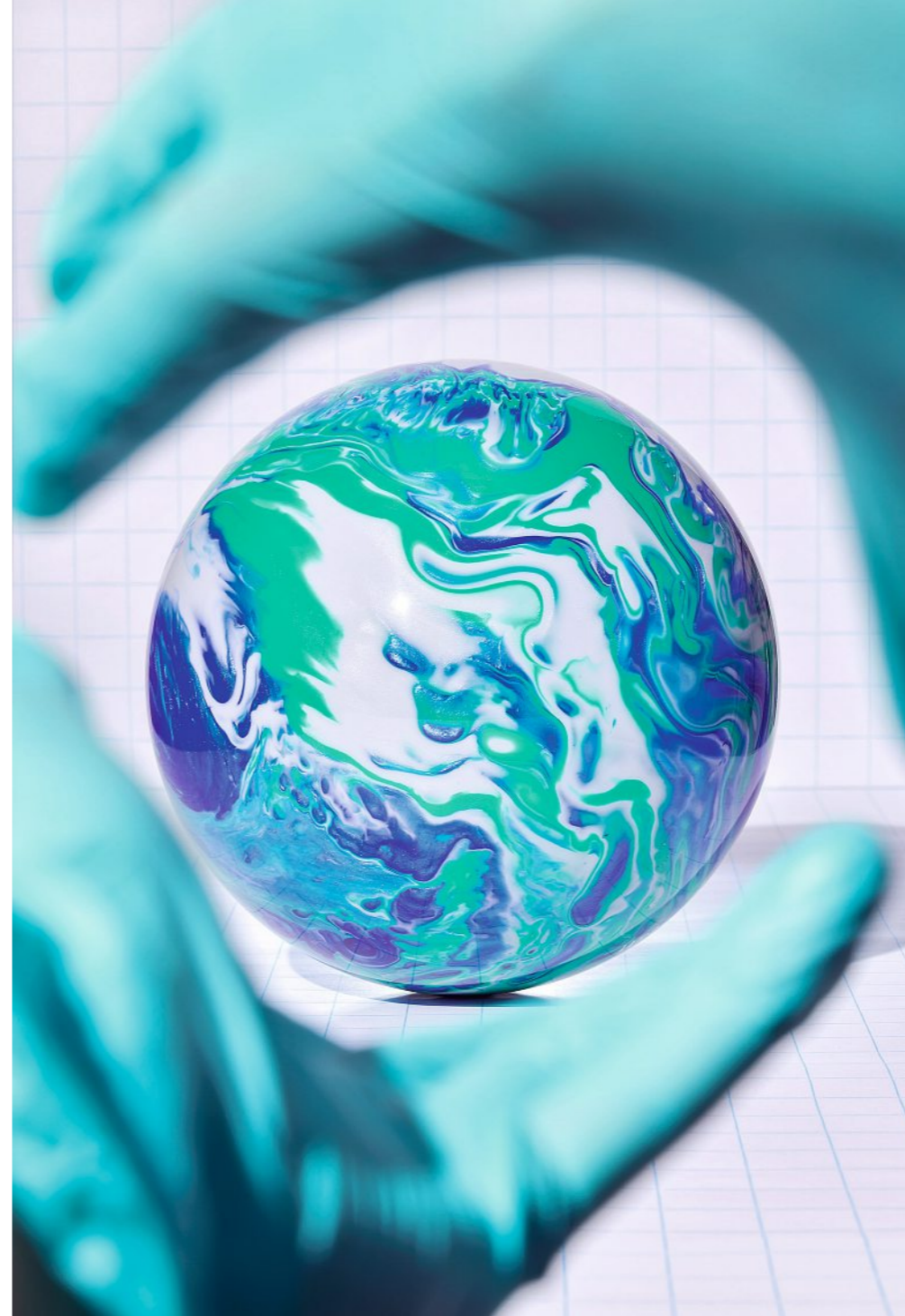
Es kommt eben darauf an, was einem wichtig ist: Ist Ihnen wichtig, dass wir wirtschaftlich gut durch die Krise kommen? Dass wir relativ wenig Todesfälle zu beklagen haben? Oder dass wir bürgerliche Freiheitsrechte nicht einschränken? Das sind alles hochrelevante Bewertungskriterien, aber man kann nicht alle zugleich berücksichtigen. Es ist ein Abwägen, oft auch ein Abtauschen.

Nehmen wir mal die Kategorie «wenig Todesfälle», wer lag da vorne?

Sicher die asiatischen Länder, die mehr Erfahrung und Routinen im Umgang mit Pandemien haben und deren kollektivere Gesellschaftsstruktur autoritäre Massnahmen seitens der Regierung eher zulässt. Von den «westlichen» Ländern kann man vielleicht Neuseeland, Australien und mit Abstrichen auch noch Finnland nennen.

Warum ausgerechnet diese drei Länder?

Es gab wohl fünf entscheidende Faktoren: erstens das hohe Vertrauen in eine durchsetzungsfähige Regierung, zweitens eine vorteilhafte geografische Lage, drittens eine dünne Besiedlung, viertens eine klare, nachvollziehbare Kommunikation seitens der Regierung, was den Zusammenhalt im Land fördert, und



Nachdem das Schwerkste überstanden scheint, haben wir die Zeit, die Lage zu drehen und zu wenden – und zu fragen, wie die Pandemie unsere Welt verändert hat.

fünftens eine fortgeschrittene Digitalisierung. Während wir in der Schweiz anfangs noch mit Faxgeräten hantierten, waren Länder wie Finnland da zum Beispiel im Vorteil.

Ist es nicht ironisch: Die Schweiz gilt als vorsichtiges, planendes, sparendes, als ein sich einbunkerndes Land mit einem ausgebauten Zivilschutz und ausgefeilten Plänen für den Katastrophenfall, zudem als Ingenieursland. Aber wenn eine Krise da ist, dann können sie nicht einmal genügend Masken bereitstellen.

Der Schweizer Nationalcharakter zeichnet sich durch eine kuschelige Gründlichkeit aus. In meinen früheren Umfragen attestierten sich die Bewohner:innen

vor allem hohe Werte für soziale Verträglichkeit und Gewissenhaftigkeit. Viel seltener waren hingegen Bekenntnisse zum offenen Umgang mit Neuem, Überraschendem und Unverhofftem. Wir sind nette Buchhalter:innen, aber tun uns schwer mit unerwarteten Wellenbewegungen.

Kann man sagen: Die Schweiz hat keine Übung mit Krisen, darum auch eher ein schwaches Krisenmanagement, Improvisieren fällt Schweizer:innen eher schwer, man tut sich schwer mit Disruption, Einschränkungen usw.?

Die Historie würde dieses Argument nahelegen, weil wir in der Schweiz tatsächlich relativ wenig Krisenerfahrung haben. In der Summe muss man wohl von einem durchgezogenen Krisenmanagement sprechen, darf aber nicht vergessen, dass die Schweiz zum Beispiel auf die richtigen Impfstoffe und die richtige Impfstrategie gesetzt hat. An der Schul- und Skipolitik lässt sich im Nachhinein auch nicht viel aussetzen. Auch hat man in der Krise schnell gelernt und Fehler korrigiert, siehe Impfstoffverteilung. Und man darf vor allem nicht vergessen, dass auch krisenerprobte europäische Länder ihre Schwierigkeiten hatten.

Deutschland und Frankreich waren eher restriktiv, die Schweiz eher locker. Alle drei haben ähnliche Kurvenverläufe bei den Ansteckungen.

Was lesen Sie als Politologe daraus?

Die Verläufe waren ähnlich, aber nicht gleich. Gerade seit Mitte Januar waren die Ansteckungen in Frankreich sehr hoch, in Deutschland tiefer, die Schweiz lag dazwischen. Deutschland hatte sehr restriktive Massnahmen und hat das auch durchgezogen, die Schweiz war eher liberal, man vertraute auf die Zivilgesellschaft, in Frank-

reich wählte man in der zweiten Welle ein Jojo-Prinzip, mal zu, mal auf. Letzteres hat die Menschen verunsichert und keine Verhaltenssteuerung erlaubt. Ich lese daraus, dass konsequentes Regieren, egal in welche Richtung, eher belohnt wird.

In der Pandemie beobachteten wir eine Art Renaissance der Nation, jedes Land machte, was es wollte. Wie geht es weiter?

Richtig, zu Beginn der Krise wurden nationale Antworten gesucht und erwartet, Stichwort nochmals «Rally Around The Flag». Es wurden Grenzen geschlossen, und jedes Land entwarf eigene Strategien.

Zugleich war schnell klar, dass eine multilaterale Anstrengung nötig ist, um das Virus einzudämmen – schauen Sie sich die Impfstoffherstellung und -beschaffung an, oder auch das Impfbizertifikat. Eine Pandemie, also eine örtlich nicht eingrenzbare Infektionskrankheit, benötigt neben einer lokalen Politik immer auch ein grenzüberschreitendes Denken, will man die Gesundheitskrise bewältigen.

Dass die Globalisierung ein Treiber der Pandemie war, ist inzwischen bekannt. Ist das der Anfang einer Regionalisierung, einer Abkehr von der Globalisierung?

Nein, das ist unvorstellbar. Die Prozesse der Internationalisierung sind zu weit fortgeschritten.

Stimmt die Theorie, dass Länder mit Frauen an der Spitze die Krise besser meisterten?

Es lässt sich keine durchschlagende Bestätigung dieser populären Auffassung finden. Mit der neuseeländischen Premierministerin Jacinda Ardern und ihrer Art, das Land durch die Corona-Krise zu führen, erfuhr diese Sichtweise allerdings eine gewisse Prominenz. Gutes Regieren verlangt gemäss dem französischen Historiker Pierre Rosanvallon nach einer verantwortlichen Vertrauensperson, die aufgrund ihrer fachlichen Fähigkeiten integer wirkt, die aber auch «wahr spricht», also reinen Wein einschenkt und damit mögliche Unabwägbarkeiten für die Bevölkerung besser lesbar macht. Und ich würde sagen, genau dieser Figur hat Ardern in der Krise entsprochen.

Schadete die Pandemie der Demokratie?

In der Politikwissenschaft unterscheidet man zwischen spezifischem und diffusem Vertrauen. Das spezifische Vertrauen ist das Vertrauen in die handelnden Akteure, das diffuse Vertrauen beschreibt das Vertrauen in das politische System, in die Demokratie oder in die Nation. Für die politische Stabilität ist das diffuse Vertrauen entscheidend. Während der Pandemie sahen wir vor allem eine Krise des spezifischen Vertrauens, man kritisierte die handelnden Personen, nicht die Demokratie.

Das spezifische Vertrauen zum Beispiel in Alain Berset war im Laufe der letzten achtzehn Monate sehr unterschiedlich, gibts da ein Muster?

Alain Berset hatte anfangs hohe Zustimmungswerte – wir waren alle froh, dass jemand die Verantwortung übernahm. Und das war in allen Ländern so: Donald Trump hatte anfangs hohe Werte, ebenso Boris Johnson oder Emmanuel Macron. Regierungen müssen zu Beginn schon sehr viel falsch machen, um den «Rally Around The Flag»-Bonus nicht einzufahren. Aber nach einiger Zeit bricht die Schicksalsgemeinschaft auseinander und die Partikularinteressen werden wichtiger. Das Vertrauen macht Wellenbewegungen: Erst steigt es, dann sinkt es, dann steigt es vielleicht wieder, zum Beispiel wenn

MARKUS FREITAG, 52, ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft und Professor für politische Soziologie und politische Psychologie an der Universität Bern. In seiner aktuellen Forschung beschäftigt er sich mit dem Wandel politischer und sozialer Einstellungen in der Schweiz und in Europa.



Der Politologe Markus Freitag untersucht, wie sich die Meinungen der Bürger:innen wandeln.

ein Impfstoff kommt, und dann gegen Ende sinkt es, weil vielleicht die Gesundheitskrise überwunden wurde, aber wir vor einer grossen Wirtschaftskrise stehen.

Man sagt, ohne Corona hätte Trump wahrscheinlich erneut gewonnen. Welches politische Lager wird in der Schweiz und in Europa profitieren?

Kurzfristig sicher alle Regierungen, in denen das Leiden jetzt ein Ende nimmt. Aber dieses Vertrauen schwindet wie gesagt schnell: Statt der Abwehr gegen aussen wird nun die Leistung im Inneren bewertet. In einer Wirtschaftskrise sind plötzlich andere Stimmen populär, zum Beispiel jene, die schon damals vor einer hohen Verschuldung gewarnt hatten. Wir sprachen vorhin von dem Bonmot «Krisenzeit ist Regierungszeit», überspitzt kann man sagen: Post-Krisenzeit ist die Zeit der Nicht-Regierungsparteien.

Sie sagten vorhin, dass die Pandemie unser Vertrauen in die Demokratie nicht erschüttert habe. Hat das Virus unser Vertrauen vielleicht sogar gestärkt?

Viele von uns haben sicher zum ersten Mal erfahren, was eigentlich Freiheitsrechte sind, weil sie zum ersten Mal eine Einschränkung dieser Rechte erlebten – kein Versammlungsrecht, kein Demonstrationsrecht, teilweise Ausgangssperren –, und dadurch auch demokratische Grundrechte schätzen gelernt. Wobei man klar sagen muss, dass die Beschränkung in der Schweiz

im Vergleich mit dem anliegenden Ausland immer sehr liberal blieb. Während der ersten Welle war Schweden das Traumland der Liberalen, seit der zweiten Welle ist die Schweiz das neue Schweden.

Bleiben wir kurz bei Schweden und der Schweiz: Wie erklären Sie sich, dass von allen Ländern der Welt nur diese zwei den Sonderweg gingen?

Ich glaube, in beiden Ländern liegt der Schlüssel im Glauben der Regierung an die Menschen. Also in einem starken Glauben an die Zivilgesellschaft, an die hohe Eigenverantwortlichkeit der Bürger:innen.

Eine Frage, vor der alle Länder standen: Was wiegt schwerer, Einschränkung der Freiheitsrechte, Runterfahren der Wirtschaft oder hohe Todesfallzahlen? Wie entscheidet man so etwas?

Philosophisch-ethisch könnte man sagen: Wenn ich das Wohl vieler dadurch rette, kann ich meine eigenen Rechte einschränken. Schwieriger wird es, wenn wir überlegen, ob das kurzfristige Leid vieler durch das Virus schwerer wiegt als das langfristige Leid vieler durch eine Rezession oder psychische Langzeitfolgen. Vieles läuft schliesslich auf die realpolitische Frage hinaus: Gesundheit oder Wirtschaft?

In Deutschland hat man sich für Gesundheit entschieden, Freiheitsrechte beschnitten und die Wirtschaft runtergefahren – und musste trotzdem viele Tote beklagen.

Während Deutschland die Freiheit weitgehend ausgeschaltet hat, übte sich die Schweiz in der Überwachung der Freiheit. Hier durften die Menschen in die Öffentlichkeit, aber unterlagen dort gewissen Regeln – Abstand, Masken, kein Konsum. Die Überlegung dahinter: In den Innenräumen machen sie, was sie wollen, in der Öffentlichkeit können wir ihnen Regeln auferlegen und sie überwachen.

Was war denn der Bevölkerung wichtiger: Gesundheit oder Wirtschaft?

Unsere Umfragen zeigen, dass sich Menschen, die sich eher bürgerlich oder im rechten Spektrum verorten, eher eine Abschottung nach aussen wünschen, um die Pandemie zu bekämpfen, aber gleichzeitig eine grösstmögliche Freiheit im Inneren. Sie räumen der Wirtschaft eine höhere Priorität ein und vermuten weniger Gefahr für die Gesundheit im Inneren.

Und die Linken?

Die präferieren die Gesundheit vor der Wirtschaft. Dennoch stehen sie Grenzschiessungen eher kritisch gegenüber.

Man spricht oft von einer Spaltung der Bevölkerung in Corona-Fragen – gibt es die wirklich? Kann man das belegen?

Wir haben in unseren Untersuchungen gefragt: Gehen die Massnahmen zu weit? Sind sie genau richtig? Gehen sie zu wenig weit? Wenn man sich die Antworten europaweit im Verlauf der Pandemie anschaut, sieht man: Bis zu 15 Prozent waren der Meinung, die Massnahmen gingen «zu weit». «Zu wenig weit» sagte etwa die Hälfte, und als «angemessen» wurden die Einschränkungen je nach Welle von 30-50 Prozent der Bevölkerung angesehen. Ich würde ange-

sichts dieser Zahlen also nicht von einer Polarisierung sprechen, sondern von einer lauten Minderheit, der die Einschränkungen zu weit gingen.

Treffen diese Zahlen auch auf die Schweiz zu?

Hier beläuft sich die Gruppe der Massnahmenkritiker:innen auf bis zu einem Viertel der Bevölkerung.

Wie erklären Sie sich das?

Zum einen gehört die Missgunst gegenüber Freiheitsbeschränkungen zur DNA der Schweiz. Zum anderen wurde die Pandemie in der hiesigen Bevölkerung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als weit weniger bedrohlich wahrgenommen.

Was wissen Sie über die Massnahmegegner:innen?

Studien legen nahe, dass gerade die Protestierenden von einem tiefen Misstrauen gegenüber den politischen Verantwortlichen geprägt sind und sich auch mit keiner Partei richtig identifizieren können. Ihnen ist zudem eine grundlegende Skepsis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie zu eigen, allerdings werden autoritäre Herrschaftsformen ebenfalls abgelehnt. Es handelt sich um eine Art von gelebtem politischem Nihilismus.

Während der Krise wussten es alle besser, die Task Force, die Wirtschaftsverbände, aber auch Privatpersonen auf Twitter. Haben Regierungen eher auf die Wirtschaft, auf die Wissenschaft oder auf das Volk gehört?

Ich glaube, dass man in verschiedenen Phasen verschiedenen Akteur:innen mehr Gehör geschenkt hat. Wenn es um den Lockdown ging, eher der Wissenschaft, wenn es um die Öffnung ging, eher der Wirtschaft. Es geht ja in der Rückschau vor allem um den heiklen Moment im letzten September, als man weiter lockerte, unter anderem aufgrund verschiedener Drucksituationen, aufgebaut vonseiten der Wirtschaft – man muss aber dazu sagen, dass damals sehr viele Leute, auch Epidemiolog:innen, davon ausgingen, dass es ganz gut aussieht.

Gibt es Beispiele für Entscheidungen, in denen sich die Regierung am Volk orientierte?

In Deutschland verordnete die Regierung zunächst über Ostern eine drastische Verschärfung des Lockdowns, nahm diese dann aber zurück. Sicher nicht auf Druck der Wissenschaft, denn die Inzidenzzahlen waren hoch, sicher auch nicht auf Druck der Wirtschaft, denn die Gaststätten waren eh geschlossen, sondern vermutlich mit Rücksicht auf die Psyche der Bevölkerung. Auch beim Öffnungsschritt im April, als eigentlich vier der fünf selbst aufgestellten Kennzahlen dagegen sprachen, hat man ja mit Rücksicht auf die «Psyche des Volkes» argumentiert.

Gibt es das überhaupt, eine «Psyche des Volkes»?

In unseren Umfragen haben wir nach Angst und Wut gefragt – Angst treibt die Menschen zur schützenden Institution, Wut entfernt sie davon. Angst ist oft systemstärkend, Wut ist systemgefährdend. Beide Emotionen fielen in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eher gering aus. Wut und Angst waren im

bisherigen Verlauf der Pandemie in Italien und Spanien mit Abstand am grössten.

Es scheint, als sei so ziemlich jedes Land mit seiner Regierung unzufrieden gewesen, und alle hatten von sich das Gefühl: Die anderen reagieren besser, machen konsequenter dicht, impfen schneller, hören mehr auf die Wissenschaft, kommunizieren besser usw. Stimmt dieser Eindruck?

Ich denke, das ist eine verkürzte Sichtweise, denn meistens war diese Unzufriedenheit nur mit einem sehr persönlichen Indikator begründet: Der Beizer jammerte zu Recht, weil sein Geschäft ruiniert wurde, und forderte weniger harte Massnahmen. Wer aber eine nahestehende Person an das Virus verlor, forderte zu Recht strengere Massnahmen. Die anekdotische Evidenz wird aber der Komplexität des Themas nicht gerecht.

Was hätten wir aus früheren Pandemien lernen können?

Von der Spanischen Grippe hätten wir drei Dinge lernen können: Erstens die Wichtigkeit von nicht-pharmazeutischen Massnahmen; also Abstandhalten, Isolation, Maske, Hygiene. Das war bekannt und leicht umzusetzen, aber kam bei uns irgendwie sehr langsam an. Zweitens die gefährliche Verharmlosung der Pandemie. Genau wie bei uns im letzten Frühling dachte man damals auch: halb so wild. Und damit zusammenhängend drittens das fälschlicherweise Nicht-Ernst-Nehmen der Wissenschaft. Genau wie heute hiess es damals: Die Bremsen den Fortschritt und bedrohen wirtschaftliche Aktivitäten.

Warum haben wir das vergessen?

Weil niemand von uns Erinnerungen an die Spanische Grippe hat. Auch waren Pandemien seither kein Thema mehr; von Ebola, Sars oder der Schweinegrippe war die breite Bevölkerung in Europa nicht betroffen. In Asien hingegen war man ständig mit diesen Problemen konfrontiert und hatte entsprechendes Know-how aufgebaut.

Sprechen wir zum Schluss über die Folgen: Hat uns Corona solidarischer gemacht?

Zu Beginn einer Krise wird der Solidaritätsinstinkt der Menschen schnell geweckt. Denken Sie beispielsweise an Überschwemmungen, wie es sie ja auch regelmässig in der Schweiz gibt – da helfen sich die Menschen schnell und unbürokratisch. Dieses Gefühl kann durch kluge politische Kommunikation akzentuiert werden, wie beim berühmten «Team von fünf Millionen Neuseeländer:innen», das Jacinda Ardern beschwor. Ob das allerdings nachhaltig ist, da bin ich skeptisch. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns seit ein paar Jahrzehnten auf einem klaren Individualisierungskurs befinden, und ich nehme nicht an, dass Corona hier eine Zäsur ist; ich erwarte eher ein allgemeines Nachholen dessen, worauf man verzichten musste.

Man hat den Eindruck, dass Corona die Klassenfrage hervorhob, stimmt das?

«Statt der Abwehr gegen aussen wird nun die Leistung im Inneren bewertet. Überspitzt kann man sagen: Post-Krisenzeit ist die Zeit der Nicht-Regierungsparteien.»

Was wir mit Sicherheit feststellen konnten: Neben dem Charakter entscheidet auch der soziale Status, wie verwundbar Menschen in einer Pandemie sind. Die Frage, inwieweit man sich beruflich zurückziehen und abschotten konnte, war ein entscheidender Schutzfaktor. Wer das nicht konnte, war dem Virus viel stärker ausgesetzt.

Hat sich Corona unterschiedlich auf die Geschlechter ausgewirkt?

In unseren Umfragen berichteten mehr Männer als Frauen von Infektionen. Frauen waren eher für Grenzschiessungen und beurteilten abweichendes Verhalten strenger. Verschiedene Studien legen darüber hinaus ein Ansteigen der Gewalt an Frauen offen, im Besonderen gab es mehr häusliche Gewalt. Auch gibt es Indizien dafür, dass im Zuge von Homeoffice und Homeschooling eine Retraditionalisierung der Familie stattgefunden hat: Die Frau war wieder vermehrt für die Betreuung der Kinder und den Haushalt zuständig.

Was hat Corona bisher für zivilgesellschaftliche Bewegungen wie Klimaschutz oder Gleichberechtigung bedeutet?

Es war sicherlich ein schwieriges Jahr für alle, die stark von der Mobilisierung, also vom Druck der Strasse, gelebt haben. Am deutlichsten wird das vielleicht an Greta Thunberg, die vor Corona mit den Fridays-for-Future-Demos die Medien dominierte und dann zunehmend in den Hintergrund rückte. Gerade das Thema Klimaschutz hat sicherlich ein verlorenes Jahr hinter sich, man erkennt das an der Abstimmung zum CO₂-Gesetz. Andererseits kommen Probleme schnell wieder ins Bewusstsein, sobald die Impfraten fortschreiten. Das sieht man ja am Nahostkonflikt, über den im Frühjahr so heftig diskutiert wurde wie seit langem nicht mehr.

Was sind die ökonomischen Folgen von Corona?

Es wird wohl eine Zunahme der Ungleichheit geben. Die Armen werden ärmer werden, die Reichen reicher. Zudem wird das stark beanspruchte finanzielle Korsett nur sehr enge Spielräume des politisch Machbaren und Durchsetzbaren zulassen und uns einige Entbehrungen aufbürden. Es wird zunächst das Fresen kommen, dann erst die Moral. Es besteht aber

auch die Hoffnung, dass sich Krisen als Katalysatoren für Innovation entpuppen, die uns langfristig wieder in die ökonomische Erfolgsspur verhelfen.

Der Soziologe Andreas Reckwitz sagte kürzlich, dass die Welt in den letzten fünfzig Jahren an Fortschritt und Effizienzsteigerung orientiert war. Wird das jetzt ein Ende haben?

Es ist eine kluge Beobachtung von Reckwitz, dass wir uns nun in eine Phase der Stagnation hineinbewegen. Man könnte es aber auch anders sehen: Die Krise hat bestimmte Prozesse wie etwa die Digitalisierung massiv beschleunigt. Auch die letztlich unglaublich schnelle Impfstoffentwicklung war ein Akt der Innovation.

Welche Forschungsfragen stellen sich für Sie aus politikwissenschaftlicher Sicht?

Wir fragen uns, welche politischen und sozialen Einstellungen die Menschen im Zuge der Pandemie entwickeln. Gewinnen beispielsweise autoritäre Positionen zur Bekämpfung der Pandemie an Charme? Führen die Abwehrreaktionen gegen aussen, aber auch das ständige Reden über Grenzschiessungen und über Inzidenzzahlen in anderen Ländern, zu einer nachhaltigen Ablehnung anderer Ethnien, wie wir es in den USA mit den Angriffen auf Amerikaner:innen asiatischer Abstammung sehen konnten? Das Thema ist dringlich, denn die Globalisierung fördert die weltweite Verbreitung von Krankheiten und forciert die Migration.

Sind wir jetzt auf die nächste Krise besser vorbereitet?

Ich denke nicht, dass wir je die Einschränkungsbereitschaft der asiatischen Kulturen in die westlichen Länder transportieren werden, aber wir würden auf jeden Fall bei der nächsten Pandemie in Europa schneller, direkter und vor allem koordinierter reagieren. Ich nehme auch an, dass es beim nächsten Mal kein schleppendes Hin- und Her über Maskenpflicht und Abstandsregeln mehr geben wird.

Was war aus politikwissenschaftlicher Sicht in der Rückschau der grösste Fehler?

Dass wir alle – ausser die Virolog:innen! – das Virus völlig unterschätzt haben. Im Februar und März 2020 sind wir doch alle davon ausgegangen, dass das eine Krise ist, die in China wütet und vielleicht noch in Italien, aber nicht bei uns. Wir haben zunächst die Schnelligkeit, mit der uns die Krise heimgesucht hat, und dann die Hartnäckigkeit, mit der sie sich hält, unterschätzt. DM

MIKAEL KROGERUS ist Redaktor bei «Das Magazin».
mikael.krogerus@dasmagazin.ch

